



CHANCENGLEICHHEIT BEI KINDERN

Eingereicht von: Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW)

Die Abhängigkeit der Chancen von Kindern von Geldbeutel und Herkunft der Eltern hat in den letzten Jahren deutlich zugenommen. Immer noch verlassen mehr als 5 Prozent und damit viel zu viele junge Menschen unser Schulsystem ohne einen Schulabschluss. Um die Teilhabechancen dieser jungen Menschen zu sichern, muss unser Bildungssystem früh mit ihrer Förderung und dem Ausgleich von Nachteilen beginnen. Kindertagesstätten und Grundschulen sind die ersten und die wichtigsten Bildungsstationen für Kinder. Hier entscheidet sich, ob Kinder neugierig bleiben, gerne lernen, ob sie ihre Potenziale und Talente entdecken und ob diese gefördert werden – unabhängig davon, inwieweit die Familie dies unterstützen kann – und ob sie von Anfang an Zusammenhalt lernen.

Dafür braucht es moderne, gut ausgestattete Räume und motiviertes, stets zeitgemäß qualifiziertes Personal. Was muss in dem deutschen Mehrebenen-Bildungssystem getan werden, um dem Fachkräftemangel im Bildungswesen entgegen zu wirken? Wie sichern wir insbesondere auch dem steigenden Anteil von Kindern mit Migrationshintergrund gelingende Integration und echte Teilhabe durch Kita und Schule? Was braucht es neben weiteren Verbesserungen bei der Bezahlung, damit pädagogische Berufe attraktiver werden, für Frauen und Männer?

Bildungsforscher*innen sind sich einig: In Deutschland besteht eine frappierende Chancenungleichheit, Erfolg, bzw. Misserfolg im Bildungssystem ist sehr eng mit der Herkunft der Eltern verknüpft. Aufstieg durch Bildung ist für die allermeisten Kinder und Jugendliche nur ein uneingelöstes Versprechen. Für ein reiches Land wie Deutschland ist es eine Schande, dass Herkunft und Bildungserfolg so eng miteinander zusammenhängen.

Bereits 2008 wurde die Bildungsrepublik Deutschland ausgerufen, mit dem Versprechen eines deutlichen Anstiegs der Bildungsausgaben. Sieben Prozent des Bruttoinlandsprodukts sollten in die Bildung investiert werden. Wir erwarten von allen beteiligten Akteur*innen in der Bildungspolitik, also insbesondere Bund, Ländern und Kommunen, dass sie alles dafür tun dieser Ungerechtigkeit entgegenzuwirken und endlich mehr Geld in Bildung zu investieren.

Unser vorrangiges Ziel ist die Schaffung gleicher Bildungschancen in Kitas, Schulen, Berufsausbildung, Weiterbildung und Hochschulen.



Kindertagesstätten kommt dabei eine besondere Rolle zu, da man an diesem frühen Punkt im Leben von Menschen mögliche Nachteile, beispielsweise aufgrund von fehlenden Sprachkenntnissen, ausgleichen kann. Wenn die Kinder in die Schule kommen, ist ein Bildungsrückstand kaum mehr aufzuholen.

Chancengleichheit hat viel mit Geschlechtergerechtigkeit zu tun. Interesse-, Leistungs- und Kompetenzunterschiede zwischen Mädchen und Jungen in der Schule zeigen sich nicht nur nach Fächern, sondern auch hinsichtlich der Gymnasialempfehlungen und den Schulabschlüssen. Unterschiede zwischen jungen Frauen und Männern gibt es auch in der Ausbildung, bei der Berufswahl, im Studium und beim Eintritt ins Berufsleben. Geschlechterstereotype zu erkennen und abzubauen ist deshalb zentral für mehr Chancengleichheit von Kindern.

Der Fachkräftemangel im Bildungsbereich ist generell, und im Speziellen in Kitas, enorm hoch. Prognosen zufolge, fehlen alleine in Westdeutschland bis 2025 über 72.000 Fachkräfte in der frühen Bildung. Diese Zahlen sind dramatisch und zeigen deutlich den enormen Handlungsbedarf. Jedoch steigt der Bedarf an sozialpädagogischen Fachkräften nochmals enorm durch den gesetzlich vorgegebenen Ausbau der ganztägigen Betreuung im Grundschulbereich. Bis zum Ende des Jahrzehnts werden in diesem Bereich zusätzlich nochmal bundesweit bis zu 80.000 Fachkräfte benötigt. Aus unserer Sicht muss das Ganztagsangebot allerdings auch im Sekundarbereich deutlich ausgebaut werden.

Ab August 2026 greift in der Bundesrepublik der Rechtsanspruch für den schulischen Ganzttag. Die GEW als Bildungsgewerkschaft im DGB, begrüßt diesen längst überfälligen Schritt, sieht jedoch noch viele Fragen im Rahmen eines qualitativen Bildungsangebotes bislang unbeantwortet. Als GEW begrüßen wir ausdrücklich, dass die jetzige Bundesregierung bei der Umsetzung des Ganztagsförderungsgesetzes den Fokus auf die Qualität legen will. Damit soll ein Gleichgewicht zwischen einer gesicherten Betreuung und einer professionellen Förderung aller Kinder hergestellt werden. Ein gemeinsamer bundesweiter Qualitätsrahmen muss mindestens verbindliche Vorgaben zu den strukturellen Rahmenbedingungen, zur Qualifizierung der Fachkräfte sowie zur Kooperation zwischen Schule und Kinder- und Jugendhilfe schaffen. Auf dieser Grundlage sind Ganztagsangebote für die Kinder im Grundschulalter auszubauen und weiterzuentwickeln und können echte Orte gleichberechtigter Teilhabe und Chancengleichheit werden.

Wir sind der Überzeugung, dass der Fachkräftemangel hausgemacht ist. Ihm kann nur mit einer Aufwertung und einer Verbesserung der



Arbeitsbedingungen begegnet werden. Der Beruf des/der Erzieher*in ist an sich ein hochattraktiver Beruf, denn aus der Arbeit mit Kindern kann eine hohe Identifikation und Berufszufriedenheit erwachsen. In den letzten Jahren sind die pädagogischen Anforderungen an den Beruf massiv gestiegen, jedoch mangelt es nach wie vor an der Verbesserung der Arbeitsbedingungen und der Vergütung. Die Bedingungen, unter denen die tägliche Arbeit in Kitas stattfindet, müssen sich grundlegend ändern. Die GEW setzt sich seit Jahren für ein Bundesgesetz ein, das einheitliche Qualitätsstandards in den Kitas regeln soll. Wir fordern unter anderem eine verbesserte Fachkraft-Kind-Relation mit dem Schlüssel 1:2 für unter Einjährige, 1:3 für Ein- bis Dreijährige und 1:8 für Drei- bis Fünfjährige. 25 Prozent der vereinbarten vertraglichen Arbeitszeit sollen als mittelbare pädagogische Arbeitszeit zur Verfügung stehen, Leitungskräfte müssen für die mit dieser Position verbundenen Aufgaben freigestellt werden. Darüber hinaus muss die Ausbildung von Erzieher*innen attraktiver werden. Das würde das System und die Beschäftigten im Sozial- und Erziehungsdienst spürbar entlasten. Ohne eine deutliche Aufwertung von Tätigkeiten im Sozial- und Erziehungsdienst wird man dem Fachkräftemangel auf Dauer nichts entgegensetzen können. Darüber hinaus, müssen die Zugangswege zum Beruf des/der Erzieher*in vielfältiger gestaltet werden. Es braucht attraktive Rahmenbedingungen für die vollschulische Ausbildung als auch für die praxisintegrierte Ausbildung. Beide Ausbildungsformen gilt es zu stärken und auszubauen. Es müssen Karrierewege und Aufstiege ermöglicht werden, um junge Menschen für den Beruf zu begeistern. Dazu gehört ebenfalls, dass bereits fertig ausgebildete Erzieher*innen, ein verwandtes Studium aufnehmen können. Kompetenzen, die außerhalb der Hochschule erworben worden sind, müssen dabei inhaltlich und zeitlich auf ein Studium angerechnet werden können. Andersherum gilt: Der Gesetzgeber muss dafür Sorge tragen, dass sich Kolleg*innen, die ohne einen anerkannten Abschluss als Erzieher*innen arbeiten, die Möglichkeit erhalten, den staatlich anerkannten Abschluss als Erzieher*in nachzuholen. Wir setzen uns dafür ein, dass neben formal erworbenen Qualifikationen auch non-formale Qualifikationen und informell erworbene Kompetenzen wie Berufserfahrung, Familientätigkeit und bürgerschaftliches Engagement sowie im Ausland erworbene Qualifikationen anerkannt werden.

Das Personal in Kindertageseinrichtungen, Ganztagschulen und Jugendhilfeeinrichtungen sollte sich aus interdisziplinären Teams zusammensetzen, um der Inklusion Rechnung zu tragen. Der Bericht zur Bildung in Deutschland 2022 hat aufgezeigt, dass jede 4. Person in Deutschland einen sogenannten Migrationshintergrund hat, bei den unter 6-Jährigen liegt die Zahl mit 40 % sogar noch höher. Viele der Kinder wachsen mit mehreren Sprachen auf. Uns ist wichtig zu betonen, dass nichtdeutsche Familiensprachen kein Makel sind, im Gegenteil: Wir vertreten die



Auffassung, dass Mehrsprachigkeit eine Kompetenz ist, die anerkannt und gefördert werden muss. Dennoch werden Sprachen, die nicht englisch, französisch oder spanisch oder als westliche Sprachen anerkannt sind, weder anerkannt noch gefördert. Das beginnt bereits in der Kita und setzt sich in der gesamten Bildungskette fort. Wir fordern einen Rechtsanspruch und die materiellen Rahmenbedingungen auf Förderung und Weiterentwicklung der Familiensprachen. Wir setzen uns dafür ein, dass Menschen, die in einem mehrsprachigen Umfeld aufgewachsen sind, einen Rechtsanspruch auf Anerkennung ihrer nicht-deutschen Familiensprache als für den Schulabschluss zählende Sprache haben. Schulen sollen in regelmäßigen Erhebungen das sprachliche Gesamtpotenzial von nicht-deutschen Familiensprachen herausfinden und nicht-deutsche Familiensprachen von Beginn an fördern.

Nicht zuletzt setzt sich die GEW im Bündnis mit anderen für eine Kindergrundsicherung ein, die ihren Namen auch verdient. Es bedarf einer grundlegenden Reform und es sollte jede Chance genutzt werden, bestehende Probleme im Familienlastenausgleich nachhaltig zu beheben und Kinderarmut wirkungsvoll zu vermindern. Dieses Ziel muss für alle politisch Verantwortlichen immer handlungsleitend sein. Nur wenn die Kindergrundsicherung bestimmte Kriterien erfüllt, kann sie ihre Wirkung tatsächlich entfalten. Die Kindergrundsicherung ist als eine eigenständige Leistung für jedes Kind auszugestalten, sie muss sozial gerecht sein, sowie einfach und unbürokratisch automatisch ausbezahlen. Es gilt familienbezogene Leistungen an dieser Stelle zu bündeln. Die Basis für die Leistung muss ein neu und realistisch berechnetes kindliches Existenzminimum. Flankierend braucht es eine bedarfsdeckende soziale Infrastruktur für Kinder, Jugendliche und ihre Familien. Nur mit einer ressortübergreifenden Gesamtstrategie kann Kinderarmut nachhaltig bekämpft werden.